



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 06.10.2020

Anwesend

- Vorsitz

Ebling, Michael

- Verwaltung

Appelshäuser, Corinna
Trojanowski, Martina

- Mitglieder

Boos-Waidosch, Marita
Glandorf, Carolin
Sayer, Leonie
Schneiß, Jana

Vertretung für Christine Eckert

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Bub, Kerstin
Jaegers, Bernadette
Rast, Sabine

Vertretung für Martina Kracht

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Ganovic, Irma
Hilgefort, Gisela, Dr.
Hufen, Gabriele
Hungershausen, Regine
Jochmann, Eva

- Schriftführung

Weickart, Eva

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Eckert, Christine

Kracht, Martina
Schmitt, Uta

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Enders, Lara Melissa

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Ahrens, Helga
Ellrich, Christine
Hamann, Ursula
Martina, Yasmin
Wilwerding, Monika

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 9. Juni 2020
2. Dritter Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Mainz
3. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit zum Schutz vor und zur Hilfe bei (sexualisierter) Gewalt an Frauen und Kindern
4. Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - Erste Themenfelder für eine Gesamtkonzeption
5. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Irma Ganovic als neues beratendes Mitglied des Ausschusses. Sie wurde vom Beirat für Migration und Integration anstelle von Nele-Kristina Groth benannt.

Frau Ina Raiser gehört nicht mehr zum Kreis der beratenden Mitglieder, da sie ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin des Wendepunkts – Haus für Frauen in sozialen Notlagen – beendet hat. Ihre Nachfolgerin wird voraussichtlich im Dezember feststehen, ihre Benennung als beratendes Mitglied kann dann im kommenden Jahr durch den Stadtrat erfolgen.

Frau Schweiß bittet um Mitteilung, wie viele MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung Mainz nach § 56 Infektionsschutzgesetz eine Entschädigung in Anspruch genommen haben. Frau Weickart erläutert, dass diese Zahlen bisher nicht vorliegen. Sobald diese Information verfügbar ist, wird sie dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 9. Juni 2020

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Niederschrift der Sitzung vom 09. Juni 2020.

Punkt 2 Dritter Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Mainz Vorlage: 1523/2020

Der Dritte Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wurde mit der Einladung zur Sitzung verschickt, bzw. liegt elektronisch vor.

Frau Weickart fasst noch einmal alle Maßnahmen in einem kurzen Vortrag zusammen.

In einem mehrstufigen Verfahren hat sich ja der Frauenausschuss nach der Kommunalwahl 2019 zunächst mit den Zielen der EU-Charta selbst und dann mit den von verschiedenen Verwaltungsstellen eingebrachten Maßnahmen befasst und deren Aufnahme in den Dritten Gleichstellungsaktionsplan befürwortet.

Auf dieser Grundlage entstand unter Federführung des Frauenbüros der nun vorliegende Plan. Nach Vorberatung im Frauenausschuss und im Haupt- und Personalausschuss liegt der Plan am 18. November dem Stadtrat zur Entscheidung vor.

Den fünf verschiedenen Handlungsfeldern sind insgesamt 47 Einzelmaßnahmen zugeordnet.

Der Dritte Gleichstellungsaktionsplan setzt dabei auf:

- Fortschreibung (und damit Verstärkung) von Maßnahmen aus den ersten beiden Gleichstellungsaktionsplänen,
- neue frauen- und gleichstellungspolitische Impulse.

Die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen liegt, im Sinne des Gender Mainstreaming, bei allen beteiligten Ämtern, Abteilungen und Einrichtungen.

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

Der Ausschuss für Frauenfragen und der Haupt- und Personalausschuss empfehlen, der Stadtrat beschließt den Dritten Gleichstellungsaktionsplan der Landeshauptstadt Mainz.

Punkt 3 **Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit zum Schutz vor und zur Hilfe bei (sexualisierter) Gewalt an Frauen und Kindern**
Ergebnisse einer Umfrage im Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern
Vorlage: 1525/2020

Auf der Sitzung des Ausschusses am 9. Juni 2020 haben die Vertreterinnen der Frauen- und Mädchenberatungsstellen bereits mündlich über ihre Situation und ihre verschiedenen Krisenbewältigungsstrategien berichtet.

Ergänzend dazu erhalten die Vertreterinnen der Stadtratsfraktionen nun das Ergebnis einer schriftlichen Befragung, die das Frauenbüro Ende Juli unter den Mitgliedsorganisationen des Arbeitskreises Gewalt an Frauen und Kindern durchgeführt hat.

Die mit der Einladung versandte Vorlage beschreibt die an die Einrichtungen gestellten Anforderungen, schnell und adäquat zu reagieren, aber auch, welche Voraussetzungen noch geschaffen werden müssten, um als Beratungsstelle selbst besser durch die Krise zu kommen, aber auch künftig den Rat suchenden Frauen die richtige und wichtige Unterstützung geben zu können.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse dient zur Unterrichtung der im Ausschuss vertretenen Ratsfraktionen. Sie bietet eine Grundlage zur weiteren (frauen-)politischen Debatte in den Fraktionen.

Frau Glandorf merkt an, dass digitale Plattformen immer notwendiger und wichtiger für die Kommunikation seien, und hier ein großer Bedarf an Equipment und Kompetenzen besteht.

Frau Schneiß ergänzt, dass viele Termine im Winter nicht mehr draußen im Freien durchgeführt werden könnten, und fragt nach einer Lösung bezüglich der Raumproblematik.

Frau Trojanowski erläutert, dass manche Einrichtungen angeregt hätten, Container anzumieten. Allerdings bestehe hier eine Schwierigkeit bezüglich der Hygiene. Besser wäre es, wenn Rat suchende Frauen und Beraterinnen mehr Zugang zu Endgeräten bekommen würden.

Frau Jochman weist nochmals darauf hin, dass manche Behörden während des Lock-Downs nur schwer erreichbar gewesen seien.

Frau Trojanowski hat bereits mit den MitarbeiterInnen des Sozialdezernats gesprochen, die den Sachverhalt anders beurteilen. Aus diesem Grund sollten alle Beteiligten bei einem gemeinsamen Termin die Problematik erörtern. Auch sollten die Notfallnummern nochmals weitergegeben werden.

Frau Boos-Waidosch merkt an, dass vor allem ältere Menschen auf den direkten Kontakt angewiesen seien, da ihnen die digitale Technik nicht vertraut sei.

Frau Glandorf regt an, einen Vermittlungsnotruf einzurichten.

Frau Trojanowski erläutert, dass das Frauenbüro immer ansprechbar sei, und auch immer die notwendigen Kontakte herstelle, wenn man sich an das Büro wende.

Der Vorsitzende befürwortet nochmals das gemeinsame Gespräch mit dem Sozialdezernat.

Frau Sayer fragt nach, was die Auflistung bezüglich „dauerhaft krisenfest“ bedeute, bzw. ob die Inhalte bereits alle verwirklicht wurden.

Frau Trojanowski erklärt, dass die in der Vorlage beschriebenen Punkte quasi eine To-Do-Liste sei, die nach und nach abgearbeitet werde.

Frau Hilgefört fügt hinzu, dass sie die Probleme auch speziell in der Software sehe, es fehlt an Know-How und vieles könne aufgrund der datenschutzrechtlichen Vorschriften nicht genutzt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass viele der genannten Probleme bereits in Bearbeitung seien, und viele Endgeräte einfach zurzeit nicht zur Verfügung stünden.
Der Ausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Punkt 4 **Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz - Erste Themenfelder für eine Gesamtkonzeption**
Vorlage: 1526/2020

Seit der konstituierenden Sitzung 2019 befasst sich der Frauenausschuss regelmäßig mit den Zielen der Istanbul-Konvention und deren Umsetzung für Mainz.

Die Umsetzung der Konvention für und in Mainz ist seit 2018 ebenso regelmäßig Thema im Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern.

So wurden auf Initiative und unter Federführung des Frauenbüros bereits thematisch ausgerichtete Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit Teilaspekten eines Gesamtkonzeptes befassen. Bislang konnten die Themenfelder Zwangsheirat, Medizinische Versorgung nach Vergewaltigung und Hochrisikofälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen bearbeitet werden. In Vorbereitung sind die Themenfelder weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhaus, Flucht und alte Frauen und Partnerschaftsgewalt. Hier traten und treten pandemiebedingt Verzögerungen ein.

Ein weiteres, noch nicht erarbeitetes Themenfeld ist die engere Verknüpfung von Schutz und Prävention mit den Zielen der in der Stadt geleisteten Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Die Vorlage der drei ersten Themenfelder dient einerseits der Unterrichtung des Ausschusses, andererseits soll bereits jetzt mit den Vertreterinnen der Ratsfraktionen ein politischer Konsens gefunden werden, dass diese Themenfelder Eingang in ein Gesamtkonzept finden sollen.

Frau Schneiß merkt an, dass die Öffentlichkeitsarbeit auch digital über Facebook und Instagram stattfinden müsse.

Frau Glandorf ergänzt, dass ihr der Gewaltbegriff zu eng ausgelegt sei, und hinterfragt, auf welchem Wege sich die Fraktion einbringen könne.

Frau Weickart erläutert hierzu, dass die Fraktionen die Vorlage in ihrem derzeitigen Stadium unterstützen solle. Viele Bereiche seien pandemiebedingt vom Arbeitskreis Gewalt noch nicht bearbeitet worden, und würden in Zukunft nach und nach ergänzt.

Frau Jochmann berichtet, dass die Istanbul Konvention sehr schwer zu konkretisieren sei und es sich um eine große Herausforderung für alle handele. Die erfolgte Bestandsaufnahme sei ein guter Start.

Frau Glandorf fragt nach einem Austausch mit der im Frauenministerium angesiedelten Koordinierungsstelle.

Frau Weickart regt an, den zuständigen Mitarbeiter aus dem MFFJIV zur nächsten Sitzung des Ausschusses einzuladen. Der Vorsitzende unterstützt diesen Vorschlag.

Frau Jochmann ergänzt, dass seit Kurzem der Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland vorliegt, und darin auch die Länderberichte enthalten seien. Dort seien die vom Land Rheinland-Pfalz gemeldeten Aktivitäten aufgeführt. Ein ergänzendes Bild bietet der Schattenbericht von Nichtregierungsorganisationen.

Der Ausschuss signalisiert Zustimmung zum Vorschlag, nach und nach über die weiteren vom Arbeitskreis Gewalt und dem Frauenbüro zu bearbeitenden Themenfelder zu beraten.

Ausschusssitzungen 2021

Die heutige Sitzung ist die letzte Sitzung in diesem Jahr. Die für 2021 geplanten Termine liegen zur Mitnahme aus. Das sind:

- Dienstag, 2. März 2021
- Dienstag, 8. Juni 2021
- Dienstag, 7. September 2021
- Dienstag, 7. Dezember 2021

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung